



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zadow, F.: Kriegsgewinne

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

stellung gegenüber. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis ist trotz aller verwandtschaftlichen Gateleien inniger geworden. Bulgarien und die Türkei halten die Wacht im Südosten. Aus einer belagerten Festung ist Mitteleuropa durch den Frieden mit der Ukraine zu einem völlig unabhängigen Wirtschaftsgebiet geworden, das je länger auf sich selbst angewiesen, um so mehr wird auf Überseezufuhr verzichten können. Das mögliche Eintreten Japans in den Kampf dürfte die Entente früher berühren wie uns. Den Höhepunkt unserer Schwierigkeiten mit der Verpflegung dürften wir in einiger Zeit für immer überschritten haben.

Zieht man alles in Betracht, so wird man zu dem Schluß kommen, daß unsere Oberste Heeresleitung in dem Durchbruch zwischen Scarpe und Duse eine Entscheidung nicht suchen konnte, die dem Krieg ein Ende zu bereiten instande wäre. Dieser Durchbruch hat vielmehr nur den Charakter vorbereitender Unternehmungen, aus denen sich die für eine militärische Vorentscheidung günstigen Verhältnisse entwickeln sollen. Der große Erfolg der Durchbruchsschlacht liegt darin, daß Franzosen und Engländer gezwungen sind, einen erheblichen Teil ihrer Reserven an der Stelle zusammenzuziehen, wo es ihnen das überlegene Feldherrn-genie Hindenburgs und Ludendorffs vorgeschrieben hat, während die deutschen Reserven freigeblichen sind, dort eingesetzt zu werden, wo der strategisch für die politische Entscheidung wichtige Schlag geführt werden soll. Damit ist im wesentlichen die augenblickliche Weltlage gekennzeichnet: sie steht im Banne des Willens unserer Heerführer. Sie ist militärisch bedingt. Monate können vergehen, ehe wieder politische Faktoren bestimmend in den Vordergrund treten.

Ostermontag 1918.



## Kriegsgewinne

Von Professor Dr. f. Sadom



ie faum in einem anderen Lande blüht bei uns das Kriegsgewinnlertum, und wenn auch nicht alles an die Öffentlichkeit kommt, so lassen doch die Abschlüsse der Aktiengesellschaften die riesigen Gewinne erkennen, die von der Rüstungsindustrie erzielt werden. Erregten schon im Kriege von 1870 die Gewinne der Heereslieferanten die öffentliche Meinung, so hat doch der Weltkrieg auch in dieser Beziehung jeden Maßstab früherer Kriege weit übertroffen.

Die letzten Verhandlungen im Hauptausschusse des Deutschen Reichstages über gewisse Mängel der deutschen Rüstungsindustrie ließen offenkundig werden, daß die Preisentwicklung bis zu einer Grenze gediehen ist, die schwere volkswirtschaftliche Gefahren in sich birgt. Die Militärbehörden sind bei ihren Bestellungen in hohem Maße übervorteilt worden (und daß eine solche Benachteiligung bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft systematisch durchgeführt wurde, darf heute schon als erwiesen gelten). Die von der mit einem Aktientkapital von 8 Millionen Mark arbeitenden Daimler-Gesellschaft verteilten Dividenden betragen:

|                |           |                |            |
|----------------|-----------|----------------|------------|
| 1909 . . . . . | 8 Prozent | 1913 . . . . . | 14 Prozent |
| 1910 . . . . . | 10 "      | 1914 . . . . . | 16 "       |
| 1911 . . . . . | 10 "      | 1915 . . . . . | 28 "       |
| 1912 . . . . . | 12 "      | 1916 . . . . . | 35 "       |

Im Jahre 1916 hatte die Gesellschaft einen Fabrikationsgewinn von 12,38 Millionen Mark, also das anderthalbfache des Aktienkapitals erzielt, gegen 3,34 Millionen im Jahre 1913. Die Betriebsgewinne der beiden letzten Jahre waren aber bei den Daimler-Werken derart, daß die überschüssigen Millionen auch noch zu anderen finanziellen Zwecken zugunsten des Unternehmens verwendet werden konnten. Die Gesellschaft hatte nicht nur ihren offenen Betriebsfonds von 5½ auf 8 Millionen Mark erhöht, sondern sie ging auch über das übliche Maß der Kriegsabschreibungen hinaus und konnte ihre gesamten Anlagen, sämtliche Häuser, Maschinen und sogar Grundstücke, die im Vorjahre noch mit 5,34 Millionen Mark gebucht waren, bis auf eine Mark abschreiben. Obgleich die letzte Dividende schon 35 Prozent betrug, hätte man in Wirklichkeit weit über 100 Prozent verteilen können, da der Börsenkurs bereits auf 1350 Prozent gestiegen war. Um indessen die Dividende und den Kurs zu drücken, wurde im Sommer vorigen Jahres das Aktienkapital von 8 auf 32 Millionen Mark erhöht und den alten Aktionären der Bezug der neuen Aktien zum Kurse von 107 Prozent — mit ausdrücklicher Bewilligung der Reichsbank — eingeräumt, was bei dem erwähnten Kurse von 1350 Prozent ein Geschenk von enormem Werte bedeutete. Wenn auch infolge dieser Transaktion der Kurs nach Ausübung des Bezugsrechtes um etwa 800 Prozent zurückging, so war doch dem Aktionär auf Grund einer einmaligen Hingabe von 107 Prozent eine dauernde Dividende auf den vierfachen Betrag von Aktien, also insgesamt jährlich 140 Prozent (!) gewährt; äußerlich verblieb die Dividende auf dem alten Satze von 35 Prozent.

Nicht allein die Daimler-Werke, sondern auch die gesamten Automobilfabriken haben während des Krieges riesige Gewinne erzielt, was sie aber nicht hinderte, im November v. J. eine weitere Preiserhöhung von 25 Prozent zu fordern. Der Fall Daimler, der in seiner Kraßheit hoffentlich vereinzelt dasteht, ist dennoch in seinem Kern ein Typus. Wir sehen, wie die Gesellschaften, um die Dividenden nicht ins Phantastische wachsen zu lassen, enorme Rückstellungen machen, Gratisaktien ausgeben und durch die schwierigsten Transaktionen das Aktienkapital bei niedrigsten Emissionskursen in unerhörter Weise verwässern. Der gewaltige Bedarf des Heeres und die Zwangslage, in welche die deutsche Bevölkerung durch die englische Blockade gelangt ist, wird rücksichtslos ausgenützt. Daß aber auch Unternehmungen, die nicht oder doch nur indirekt an Kriegslieferungen beteiligt sind, in derselben Weise enorme Gewinne aus der Konjunktur ziehen, zeigt uns das Beispiel der Bremer Wollkammerei, die in diesen Tagen 48,5 Prozent Dividende erklärte, obwohl es in Deutschland kaum noch Wolle gibt; ferner die deutsche Zutepperei in Meissen, die — obwohl seit vier Jahren von ihrem Rohmaterial, der indischen Zute, abgeschnitten — dennoch eine Dividende von 36⅔ Prozent erklärte und außerdem ihren Aktionären ein außerordentlich hoch zu bewertendes Bezugsrecht auf Gratisaktien einräumte. Dabei stellen diese Gewinne nur einen Bruchteil dessen dar, was wirklich verdient wurde.

Welche zweifellos nach Milliarden zählenden Beträge an die Nutznießer der Kriegskonjunktur verschleudert und auch durch die Kriegsteuer nur sehr unvollkommen zurückgezahlt werden, beweist die Mitteilung in der Reichstagskommission, daß die Nachprüfung der Kriegslieferungspreise durch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (Wumba), schätzungsweise monatlich 50 Millionen Mark einbringt!

Bei uns sollte die Auffassung durchdringen, daß niemand das Recht hat, im Kriege und am Kriege sich zu bereichern, während Millionen draußen bluten und daheim darben, um die Existenz des Reiches, den Besitz und die Erwerbsmöglichkeit seiner Bürger zu verteidigen! Die Milliarden, die das Reich selbst durch Gewährung verschwenderischer Preise verschenkt hat, können nachträglich durch Steuern nur in äußerst geringem Maße wieder eingebracht werden. Zweckmäßiger ist es, geeignete Vorjorge zu treffen, daß solche unberechtigten Gewinne überhaupt nicht entstehen können.

Rund fünf Milliarden hat die Kriegsteuer des Reiches für die Jahre 1914, 1915 und 1916 eingebracht. Und dieses Ergebnis ist beinahe gering zu nennen,

wenn man bedenkt, daß allein die Seereslieferungen in diesem Zeitraume etwa 50 Milliarden Mark betragen und daß in dem Gesetz zwei verschiedene Steuern durchaus unorganisch miteinander verbunden sind. Denn neben die Kriegsgewinnsteuer steht eine verschleierte allgemeine Vermögenssteuer, die erst im letzten Moment in das Gesetz gefügt wurde. Bei der Beratung des Gesetzes vor zwei Jahren forderte der Reichstag, daß außer den Kriegsgewinnen auch die bereits vor dem Kriege vorhandenen Vermögen zur Beteiligung an den Kriegslasten herangezogen werden sollten. Schon war ein Kompromiß, das neben der Kriegsgewinnsteuer eine selbständige Reichsvermögenssteuer gesetzt hätte, dem Abschluß nahe gewesen, als der damalige Staatssekretär Dr. Helfferich — gestützt auf die einzelstaatlichen Finanzminister — die allgemeine Vermögenssteuer zu einer Unterart der Kriegsgewinnsteuer machte. Über die Kriegsgewinne hinaus wurden sämtliche Steigerungen des Vermögens und des Einkommens herangezogen und man ging soweit, auch alles zum Kriegsgewinn zu rechnen, was über eine zehnprozentige Verminderung des vor Kriegsausbruch vorhandenen Vermögens nicht hinausging. Mit dieser seltsamen Transaktion war allerdings die Form der den einzelstaatlichen Finanzministern unsympathischen Reichsvermögenssteuer vermieden; aber tatsächlich ist doch in der Kriegsteuer eine Reichsvermögenssteuer enthalten. Die Verquickung der Kriegsgewinnsteuer mit einer allgemeinen Vermögenssteuer muß wieder beseitigt werden. „Ich habe es nicht für richtig gehalten“, sagte Graf Pofadowisky am Schluß der Etatsdebatte in der Reichstagsfikung vom 1. März d. J., „daß man die großen Gewinne, die mittelbar oder unmittelbar aus Kriegsgeschäften erzielt worden sind, steuertechnisch ebenso behandelt hat, wie die Vermögensvermehrung aus anderen Quellen. Gaben wir doch in Deutschland eine große Mittelschicht, die durch beständige Sparsamkeit, durch ein bescheidenes zurückgezogenes Leben ihr Lebensziel darin sieht, allmählich ein Vermögen anzuhäufeln, damit auch Kinder und Nachkommen in ihrer bisherigen sozialen Stellung leben können. Daß man die Vermögen dieser Personen nach dem gleichen Maßstab versteuert, wie die phantastischen Kriegsgewinne, halte ich für falsch. Man hat eine solche Trennung steuertechnisch für unmöglich erklärt. Ich kann dem nicht zustimmen. In einer Zeit, in der man durch eine Warenumsatzsteuer jedes einzelne Geschäft unter die Lupe nimmt, muß es auch möglich sein, zu unterscheiden, woher eine Vermögensvermehrung stammt. Man zeigt ja mit Fingern auf die Leute, die die großen Gewinne gemacht haben. Die Steuerbehörden sollten sich nur richtig umsehen.“

Erst nach langem Sträuben suchte Helfferich mit seinem Gesetz die Gewinne der Millionäre zu erfassen. Aber es ist nur sehr unvollkommen gelungen, und man muß sich wirklich erstaunt fragen, wo die Riesengewinne der glücklichen Kriegsgewinnler denn eigentlich geblieben sind. Viele Milliarden bleiben in den Händen der glücklichen Gewinner, weil einerseits die Kriegsteuer nicht die ganzen Vermögenssteigerungen erfaßt und andererseits bei der Steuerdeklaration das „*corriger la fortune*“ auf eine mehr oder minder legale Form geübt wurde, oder sie sind in verschwenderischem Luxus, dem diese Kreise huldigen, verschleudert worden. In Kunstwerken, Juwelen, Kostbarkeiten aller Art mag noch manche Million rechtzeitig festgelegt worden sein, wofür die Versteigerung der Sammlung Kaufmann in Berlin noch eins der erträglichsten Beispiele bietet.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die Seereslieferanten entscheidend mit dazu beigetragen haben, daß Deutschland den Krieg gewinne, der zu einem großen Teil ein Materialkrieg ist. Niemand wird die gewaltigen Leistungen unserer Industrie gerade in diesem Kriege verkennen. Deutschlands Bestand wäre ohne seine Industrie und ohne seine Landwirtschaft nicht möglich gewesen, und mit dem Gelde durfte nicht gespart werden, als aufs schleunigste Munition bereitgestellt und dringende militärische Notwendigkeiten befriedigt werden mußten. Auch gegen die Bewilligung großer Entschädigungssummen im Augenblick der Umstellung und zur Anstachelung des Erwerbssinnes ist nichts einzuwenden. Möchte man dem Unternehmer, der sich und sein Werk in den Dienst der natio-

nenalen Verteidigung, immerhin im Anfang ungewöhnliche Gewinne bewilligen —, im Interesse des Gemeinwohls mußte eine Grenze gezogen werden und im dritten und vierten Kriegsjahre mußten diese Gewinne auf ein normales Maß zurückgeführt sein. Aber wir sehen, wie diese Grenzen in rücksichtsloser Profitgier weit überschritten wurden! Und taten denn diese Unternehmer nicht bloß ihre Pflicht und Schuldigkeit? Wir haben die allgemeine Wehrpflicht nur für die Kämpfer mit der Waffe, aber nicht für die Arbeiter und Unternehmer, die daheim unter Sicherheit des Lebens und des Erwerbes an der inneren Front wirken. Wäre es nicht recht und billig, daß der Besitzer einer Fabrik, die jetzt Granaten liefert, mit derselben Selbstverständlichkeit und unter demselben Entlohnungsätze wie der Soldat und Offizier zum Vaterlandsdienst eingezogen würde, um seinen Betrieb und seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, und das Mögliche an Erzeugung zur Lieferung an das Heer bereitzustellen? Für das, was für die Millionen Pflicht ist, die seit Jahr und Tag im Felde unter größten Entbehrungen ihr Leben und ihre Existenz für das Vaterland opfern, bietet man diesem Teil der Vaterlandsverteidiger denselben Anreiz, der auch in der privatkapitalistischen Friedenswirtschaft der stärkste Ansporn zu wirtschaftlicher Leistung war. Ist der Gedanke auf die Dauer nicht unerträglich, daß Millionen ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Existenz schweigend fürs Vaterland opfern, während eine verhältnismäßig kleine Anzahl entschlossener und skrupelloser Geldmacher diese treue Hingabe zu Zwecken eigener unmäßiger Bereicherung ausbeuten?

Die märchenhaften Gewinne der Industrie sind die Hauptquellen des jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Übels. Sie steigern die Verschuldung des Reiches und erschweren die Existenzbedingungen des ganzen Volkes für die Zukunft. Sie stehen aber auch in ursächlichem Zusammenhang mit der allgemeinen unerträglichen Erhöhung der Preise, die besonders seit jener hohen Festsetzung der Eisenpreise bei Durchführung des Hindenburg-Programms gegen Schluß des Jahres 1916 sich über alle Warengebiete erstreckte. Die deutsche Kriegswirtschaft beruht doch einfach darauf, daß das Reich Ummengen von Wechseln zum Diskont an die Reichsbank sendet, die dafür Noten ausgibt und Kredite eröffnet. Diese in der Tat bequeme Geldschöpfung gestattet dann, für die Heereslieferungen die phantastischen Preise zu zahlen. Da der Staat der Hauptkäufer ist, wird seine Bewertung der Kaufkraft des Geldes auf die allgemeine Beurteilung den größten Einfluß haben. Das führt zu einem Steigen der Gewinne, der Rohstoffpreise, der Arbeitslöhne. Aber dabei bleibt die Preissteigerung nicht stehen. Jeder von denen, die ihrerseits für ihre Waren hohe Preise erzielen, ist nun fähig und bereit, auch seinerseits mehr für die Waren zu bezahlen, deren er bedarf, sei es zum Zweck der weiteren Güterherstellung oder des persönlichen Gebrauchs. Dadurch wird der private Verbrauch gestärkt; denn das Geld dringt zum großen Teil in Volksschichten, die sich früher mit einem bedeutend bescheideneren Einkommen begnügen mußten und infolge der plötzlichen Besserung ihrer Einkommensverhältnisse zu unbesonnenen Ausgaben neigen. Die angeregte Nachfrage treibt die Preise aller Waren ins Ungemessene und erhöht durch Verschwendung den Warenmangel; jede neue Preiserhöhungswelle gibt also dem ungesunden, volkswirtschaftlich höchst schädlichen Kreislauf zwischen Geldvermehrung und Warenverminderung neue Nahrung und infolgedessen bedeutet jede Steigerung einer Preiserhöhungstendenz der Industrie eine schwere Verantwortung für die Regierung. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich und erschweren den Übergang zu normalen Verhältnissen.

Aus allen diesen Gründen hat der englische Staat schon seit dem Jahre 1915 den übertriebenen Gewinnen entgegengearbeitet, wie sich überhaupt im Laufe des Krieges England aus einem liberal regierten Lande mit stark entwickelter Selbstverwaltung in ein staatssozialistisches Bureaukratenland mit einer Menge staatlicher Eingriffe, Staatskontrollen und Staatssteilhabenschaften entwickelt hat. In den eigentlichen Waffenfabriken gibt es vier Systeme: einige Fabriken dürfen wie früher produzieren; der Staat kauft ihnen ihre Produkte zu Preisen ab, die

er durch Drohung mit Regierungskontrolle oder Enteignung niedrig hält. Ferner gibt es von Beamten geleitete Staatsfabriken, darunter etwa hundert staatliche Geschloßfabriken. Eine dritte Art sind staatliche Fabriken, die von ortsanfässigen Geschäftsleuten für Rechnung des Staates geleitet werden und schließlich die Waffenfabrikation, die allein fünftausend unter Kontrolle stehende Firmen umfaßt. Die Regierung kauft das gesamte Rohmaterial auf, verteilt es unter die Fabriken und setzt den Arbeitslohn fest. Heute ist England soweit, daß viele Hersteller von Kriegsmaterial behaupten, die vom Staate bezahlten Preise deckten nicht mehr die Fabrikationskosten. Weil aber der Staat ihre Werke übernommen hat, müssen sie in der ihnen vorgeschriebenen Weise weiter arbeiten. Schaden erleiden die Fabriken indessen dadurch nicht, da ihnen der Staat den Durchschnittsgewinn der letzten drei Friedensjahre garantiert. Die Industrie ist finanziell vor erheblichen Nachteilen während des Krieges geschützt, während andererseits jede Überverteilung des Staates durch die Rüstungsbetriebe vermieden wird. Der Staat hat höchstens die nachzuweisende, ungünstige Differenz zwischen Preis und Fabrikationskosten nachzuzahlen. So hat England, die Hochburg des Individualismus bald nach Kriegsbeginn staatssozialistische Maßnahmen getroffen, die an Schärfe alles übertreffen, was Deutschland auf kriegswirtschaftlichem Gebiete geschaffen hat.

Überhaupt werden von dem Food Controller, Lord Rhondda, und dem Handelsamt in England die gewagtesten Versuche gemacht, um die Preise niedrig zu halten und das Verhältnis von Geld und Ware zu stabilisieren. Wegen der bekannten Tatsache, daß jede Preiserhöhung irgendeines der großen Verbrauchsartikels, wie Eisen, Getreide, Kohle, Fleisch durch Steuern, Frachten, erhöhte Arbeitslöhne, unfehlbar nach einiger Zeit ein entsprechendes Steigen der Preise für alle übrigen Industrie- und Handelsprodukte nach sich zieht, und den Geldumsatz des Landes dadurch erhöht, hat die Regierung das Getreide auf einem bedeutend niedrigen Preise zu halten versucht, als er vom inländischen Landwirt oder dem Ausland gefordert wird und die sich ergebende Differenz auf die Staatskasse übernommen. Um der schädlichen Preiserhöhung durch Frachten Einhalt zu bieten, ist z. B. auch die gesamte Schifffahrt unter Kontrolle gestellt worden, indem den Gesellschaften die vorkriegszeitlichen Gewinne durch den Staat garantiert und die Frachtsätze so gehalten werden, daß auch hier die Preise die Arbeitslöhne nicht decken. Dieses allgemein zum Ausdruck kommende Streben Englands, den Wert seines Geldes im Lande stabil zu halten, verdient unsererseits die größte Beachtung. Der Engländer sieht in jeder Erhöhung der Staatsschuld eine erneute Belastung der zukünftigen Arbeitsleistung des Volkes. Er rechnet damit, daß er nach dem Kriege diese Schuld abtragen muß, daß er für seine Gläubiger arbeitet, indem er ihnen Produkte seines Landes oder seiner Industrie so verkauft, daß die Ausfuhrbilanz höher ist, als die der Einfuhr. Auch ist ohne weiteres klar, daß billige Preise im Lande, kleine Gewinne der Händler und Unternehmer es dem Staat ermöglichen, auch das Kriegsmaterial billig zu kaufen und dadurch mit den zur Verfügung stehenden Krediten bei gleicher Leistung länger auszuhalten. Englands Bemühungen verdienen besonders im Hinblick auf unsere mit der Übergangswirtschaft wieder einsetzende Konkurrenz im Welthandel die größte Aufmerksamkeit. Bei uns haben die hohen Kriegsgewinne die Herabsetzung der Kaufkraft des Geldes infolge des geringen Warenumsatzes noch verstärkt, und die Arbeitslöhne sind so gestiegen, daß uns in vielen Handelszweigen, besonders im Veredelungsverkehr, nur ein niedriger Kurs der Mark konkurrenzfähig machen wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika ließen, solange sie neutral waren, der Kriegsindustrie volle Freiheit, so daß sie zu Lasten der Entente ungezählte Millionengewinne einheimisen konnte. In dem Augenblick jedoch, in dem die Union selbst in den Krieg trat und ihre Industrie für die eigene Rüstung zu arbeiten begann, wurden für verschiedene Erzeugnisse, besonders für Stahl, Höchstpreise festgelegt, die sich weit unter den vorher von den Produzenten ge-

stellten Forderungen hielten. Der amerikanische Stahltrust z. B. hat im ersten Quartal des Jahres 1917 113,12 Millionen Dollar Einnahme erzielt, im zweiten Quartal 90,58 Millionen Dollar und im dritten Quartal nur noch 68,24 Millionen Dollar. Nur normale Preise zahlt Amerika an seine Kriegslieferanten und was etwa doch noch über das normale Maß hinausgeht, wird durch rigorose Kriegsgewinnsteuern wieder eingezogen.

Gelingt es bei uns nicht, die Gewinne der Kriegsindustrie einzudämmen, so muß versucht werden, auf anderem Wege dem Reiche wieder zuzuführen, was ihm an Lasten zu viel aufgebürdet worden ist. Dazu ist es notwendig, die Kriegsgewinnsteuer beträchtlich auszubauen. Es hieße den Patriotismus unserer Industriellen anzweifeln, wenn man die Befürchtung hegen wollte, daß sie an der Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer Erzeugnisse nicht mehr mit so großem Interesse und Eifer arbeiten würden, sobald man ihnen nicht mehr die maßlosen Gewinne einräumen wird. Eine Kriegsgewinneinkommensteuer müßte nach dem Vorschlage von Jaffé\*) so hoch sein, daß höchstens 20 Prozent der reinen Kriegsgewinne den Privaten überlassen, alles übrige aber eingezogen wird. Dazu hätte ferner die künftige Begrenzung aller Kriegsgewinne auf äußerst 10 Prozent Aufschlag auf die Produktionskosten zu treten. Es ist wirklich kein Grund vorhanden, Gewerbe und Großindustrie günstiger zu behandeln, als unsere Landwirtschaft, die sich Produktionszwang und auf den Produktionskosten aufgebaute Höchstpreise gefallen lassen muß.

Wir brauchen statt unseres völlig verfehlten Kriegssteuergesetzes, das nicht den Kriegsgewinn, sondern nur den Vermögenszuwachs trifft, eine Kriegsgewinneinkommensteuer, die den Zuwachs verschont, der mit dem Krieg innerlich nichts zu tun hat. Der Widerstand der Bundesstaaten, die in einer solchen Maßregel den Anfang einer Reichseinkommensteuer erblicken wollen, muß und wird überwunden werden. Dann wird es den Kriegsgewinnlern nicht mehr möglich sein, einen großen Teil ihres Vermögenszuwachs zu vergeuden oder ihn zu verstecken. Mit Nachdruck muß fortan die Regierung den nachgeordneten Stellen sparsame und pflegliche Verwendung der Anleihegelder zur unbedingten Pflicht machen, denn dadurch werden neue Anleihen und Schulden überflüssig. Lernen wir vom Feinde und erkennen wir seine starken Seiten.



## Zur römischen Frage

Von Professor D. Dr. Albert Werminghoff



n der betäubenden Unrast der sich drängenden Ereignisse hat ein Brief des Papstes Benedikt des Fünfzehnten an den Kardinal-erzbischof von Köln wenig Beachtung gefunden. Er dankt dem Empfänger für seine Teilnahme an der Lage des Papstes, für seinen Beifall zu den Schritten, die Benedikt der Fünfzehnte zur Abwendung oder Beendigung des Krieges getan hat. Den Brieffschreiber tröstet das Bewußtsein, recht gehandelt zu haben, „dann aber auch, und zwar nicht wenig, die Zustimmung aller Gutgefinnten, die wahrheitsgemäß über die Dinge denken.

\*) In dem Aufsatz: „Die kommende Reichsfinanzreform“ („Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ Nr. 52 — 1917).